

Stromaufwärts

Community Policing und *Community Accountability* im Oglala Sioux Tribe

Upstream – *Community Policing* and *Community Accountability* of the Oglala Sioux Tribe

In den 1970er Jahren entledigten sich die Bewohner:innen der *Pine Ridge Indian Reservation* der repressiven Polizeibehörde. Sie wurde mit dem *Department of Public Safety* ersetzt, das seine Arbeitsweise nach traditionellen *Lakota*-Werten des respektvollen und inkludierenden Umgangs ausrichten sollte. Dieser Artikel analysiert den Prozess auf der Basis von Sekundärliteratur und Expert:inneninterviews. Er argumentiert, dass die *Lakota*-Konzeptualisierung von *Community* der Weiterentwicklung und Demokratisierung von *Community Policing* und *Community Accountability* behilflich sein kann.

Schlüsselwörter: Polizei, Accountability, Oglala Lakota, Oglala Sioux Tribe, Defund

In the 1970s, residents of the Pine Ridge Indian Reservation disposed of the repressive external police force. It was replaced by the Department of Public Safety which is supposed to align its work with traditional Lakota values of respectful and inclusive relationship building. This article analyzes this process based on secondary literature and expert interviews. It argues that the Lakota concept of community can inform the development and democratization of community policing and community accountability practices.

Keywords: police, accountability, Oglala Lakota, Oglala Sioux Tribe, defund

“A discussion about Indigenous economies, governance, and laws begins with relationships.”
(Curran/Kung/Slett 2020: 216)

Einleitung¹

Polizeibehörden sind Repräsentanten und ausführende Gewalt des staatlichen Gewaltmonopols. Vordergründig besteht die explizite Aufgabe der Polizeien in der Kriminalitätsprävention und -verfolgung. Dazu sind sie innerhalb des

1 Ohne die Bereitschaft der *Oglala Lakota* Expert:innen zum Teilen ihrer Informationen, Wissensbestände, Kontakte und Zeit wäre dieser Text nicht entstanden: *lila pilamayapi*. Ebenso danke ich den anonymen Gutachter:innen sowie den Gastherausgeberinnen Jenny Künkel und Marie-Theres Piening für hilfreiche Anmerkungen und die engagierte redaktionelle Betreuung des Textes. Für anregende Gespräche und Reflexionen bin ich Magdalena Freudenschuss sehr dankbar.

jeweiligen gesetzlichen Rahmens zu weitreichenden Maßnahmen bemächtigt, inklusive der direkten physischen Gewaltanwendung. Die moderne Polizei, die historisch vor circa 200 Jahren angesichts der Verarmung infolge der Industrialisierung entstand, setzt die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse durch (Derin/Singelstein 2022: 39, 47; Johnson 2022a: 50 f.; Moore 2021: 24). Ihre Aufgabe ist die Absicherung der hegemonialen Gesellschaftsordnung – jene auf Extraktivismus basierende kapitalistische Ordnung, die das derzeitige Polizeiregime, insbesondere in großen Städten, nötig macht (Neocleous 2021: 196; Hecker 2019: 89). Selbst Polizeikritiken, die als progressiv gelten, weil sie eine Klassenjustiz anprangern, plädieren oft eher für die Gleichbehandlung vor dem Gesetz, als den größeren Zusammenhang zwischen Kapitalakkumulation, Massenarbeitslosigkeit und Verarmung zu thematisieren (Steinke 2022). Somit gehören Arme ohne Beschwerdemacht weiterhin zu den „alltäglichen ‚lautlosen‘ Opfern polizeilicher Krisenbereinigung“ (Gössner/Herzog 1982: 322).

Zugleich geben die Struktur und die Arbeitsweise der Polizei Rückschlüsse auf die Friedfertigkeit einer Gesellschaft und den Grad des positiven Friedens. In eher egalitären Gesellschaften mit gleichen Möglichkeitsstrukturen für alle kommt es seltener zu Konflikten um Eigentum, Zugang und Rechte (Vitale 2017: 171). Armut führt freilich nicht zwangsläufig zu Kriminalität, sondern erst in Kombination mit unerfüllbaren Erwartungen in einer Kultur, die gleichzeitig konkurrenzversessen und vordergründig egalitär ist, aber legitime Zugangschancen zu begehrten Gütern höchst ungleich verteilt (Piketty 2022). Partizipation in illegalen Märkten entsteht in einem Umfeld von – oft extremer – Armut. In Gesellschaften, die auf struktureller Diskriminierung und Ausbeutung basieren, wird oft massiv in Repressionsapparate investiert, um Beschwerden und Proteste gegen den Status-quo zu unterbinden. Die weltweiten Proteste nach der Ermordung von George Floyd im Mai 2020 waren wohl die bedeutendsten Beschwerden gegen tödliche Polizeigewalt. Rufe nach *Defund the Police!* wurden wieder laut, die anregen, in die Lösung gesellschaftlicher Probleme zu investieren. Abolitionist:innen fordern nicht nur die Minimierung oder Abschaffung der Polizei, sondern die Abschaffung jener Strukturen, die Ausgrenzung, Armut und Kriminalität produzieren (Gilmore 2007). Die Arbeiten von Angela Y. Davis (1983, 2003) trugen zur Etablierung des Konzepts der Intersektionalität bei und legten damit eine Basis für die *Defund the Police!*-Bewegung. Diese hat für den US-amerikanischen Kontext überzeugend argumentiert, dass die Hauptursache von Polizeigewalt in der noch nicht dagewesenen Ausweitung, Intensivierung und Militarisierung der Polizeiarbeit liegt und miteinander verbundene und sich gegenseitig verstärkende Ausbeutungsstrukturen betrachtet werden müssen (Vitale 2017: 10). Das Problem sei das invasive und aggressive Polizieren an sich. Um dieses zu lösen, brauche es „enhanced accountability, and a greater public role in the direction and oversight of policing“ (ebd.: 221). Jede ernst gemeinte Agenda für eine Polizeireform müsse Polizei durch bestärkte Gemeinschaften ersetzen, die ihre eigenen Probleme angehen (ebd.: 31;

Piening/Künkel 2020). Dafür sei es nötig, *alles* zu verändern, sagt auch Ruth Wilson Gilmore (2021) in ihrem Buch *Change Everything*. Es komme darauf an, sich zu organisieren und eine freie und gerechte Gesellschaft zu imaginieren. Diese in der *Defund the Police!*-Bewegung viel zitierten Autor:innen plädieren für Dekriminalisierung von mit Armut assoziierten Praktiken und das Entwerfen einer gerechten Gesellschaftsordnung, die weniger Straftaten produziert, indem sie durchlässig wird und gesellschaftliche Teilhabe statt Ausgrenzung fördert. Die *Defund the Police!*-Bewegung kritisiert strukturelle Polizeigewalt mit einer Analyse der gesellschaftlichen Rolle der Polizei sowie der Herrschaftsverhältnisse, in welche sie eingebunden ist. Mark Neocleous plädiert für die Anwendung einer erweiterten Konzeptualisierung der Polizei durch Einbeziehung jener Institutionen, durch die Polizisten passiert.

“[T]he core of the police project remains the question of poverty and thus the condition of the class of poverty, and since state institutions for the administration of poverty are generally understood by the term ‘social policy’ and administered through the institutions of the welfare state, the expanded concept of police shall be thought of as *social police* and presented as the project of *social security*.” (Neocleous 2021: 46; Hervorhebung im Original)

Die Übernahme der dominanten US-amerikanischen Debatte um Polizeigewalt in den deutschen Kontext wurde mit Verweis auf gravierende quantitative, historische und qualitative Unterschiede vielfach problematisiert, aber sie bleibt der Referenzrahmen unter kritischen Kriminolog:innen (Derin/Singelstein 2022: 360). Zur Konzeptualisierung möglicher Demokratisierung der öffentlichen Sicherheit übersehen allerdings nicht nur reformistische, sondern auch abolitionistische Perspektiven indigene Standpunkte, Perspektiven, Methoden und Ziele sowie lokale *Bottom-up*-Ansätze (Porter 2016: 562). Beispielsweise die *Bear Clan patrols*, die im kanadischen Winnipeg patrouillieren und Gewaltursachen etwa mittels *Community*-Notrufen oder *Transformative Justice*-Verfahren bearbeiten, sind kaum bekannt oder analysiert. Die Kriminologie findet kaum Platz für Ansätze indigener Gerechtigkeit oder Erfahrungen aus indigenen Justizsystemen – u. a. aufgrund der Auslöschung indigener Wissenssysteme (Epistemizid) durch die Kolonisierung (Santos 2014).²

Um diese Lücke zu schließen, wird im Folgenden die Polizeibehörde des *Oglala Sioux Tribe (OST)* auf der Pine Ridge Indian Reservation im Südwesten des US-Bundesstaates Süddakota als Fallbeispiel herangezogen, da sich anhand dieser analysieren lässt, was *defunding* einer Polizeibehörde bedeuten kann. In den 1970er Jahren wurde diese Polizeieinheit in Pine Ridge, die damals noch vom *Bureau of Indian Affairs (BIA)* administriert wurde, aufgelöst. Stattdessen wurde das *Department of Public Safety (DPS)* gegründet,

2 Deutschsprachige kritische Kriminolog:innen erwähnen indigene Ansätze höchstens beiläufig und oft ohne Literaturangabe (zuletzt Derin/Singelstein 2022: 368).

das dem *OST* untersteht und auf den Werten der Lakota fußen soll. Dieses Paper zeichnet kurz die Geschichte dieses *DPS* nach und analysiert dann, wie Lakota-Werte und -Praktiken als Fundament der Polizeiarbeit wirken. Abschließend fragt es: Was kann die abolitionistische Bewegung, auch in Deutschland, daraus lernen?

Dafür ist es zunächst nötig, kurz auf den besonderen rechtlich-politischen Status der indigenen Bevölkerung in den USA einzugehen, die zwar als quasi-souveräne Nationen eine gewisse Eigenständigkeit aufweisen, sich aber in vielerlei Hinsicht als *domestic dependent nations* in einem Abhängigkeitsverhältnis der Kolonialität befinden (Deloria 1985: 155 f.). Anschließend werde ich mit der Besetzung in Wounded Knee 1973 eine zentrale Befreiungsbemühung skizzieren, die zur Auflösung der Polizeibehörde führte. Danach stelle ich die Arbeitsweise und aktuellen Herausforderungen des als Alternative dazu eingerichteten *DPS* vor, gefolgt von einer Einschätzung seiner Potenziale und Probleme.

Dieses Paper basiert auf Interviews mit fünfzehn Polizisten des *Department of Public Safety* und einem Lokalhistoriker mit Erfahrung im Sicherheitsmanagement, alle Mitglieder des *Oglala Sioux Tribes*. Da die Geschichte dieser Behörde bisher nicht verschriftlicht wurde, fanden Gespräche vorrangig mit Menschen statt, die sich an die Entstehungszeit erinnern. Daher sind die meisten Experten höheren Alters und alle identifizieren sich als männlich. Die Interviews wurden per semi-strukturiertem Fragebogen im Juni und Juli 2022 geführt, anschließend kodiert und themenbezogen ausgewertet. Zudem wurden eigene Expert:inneninterviews von 2012 zur Besetzung von Wounded Knee und von 2015 zur Rolle der militärischen *Akicita* herangezogen.³ Seit meinem Studienabschluss in *Lakota Leadership and Management am Oglala Lakota College* im Jahr 2000 stehe ich lernend mit Mitgliedern des *Oglala Sioux Tribe* in Beziehung und reziprokem Austausch. Nur solche Informationen fanden Eingang in diesen Text, die mit *prior informed consent* frei geteilt wurden.⁴

BIA-Polizei als kolonialer Herrschaftsapparat (bis 1973)

Im Jahr 1871 beschlossen die USA unilateral, indigene Nationen nicht mehr als gleichwertige internationale Partner (*nation-to-nation*) anzusehen, sondern als interne Angelegenheit. Seither wurden keine neuen Verträge einge-

3 Interviews mit Expert:innen sind jeweils mit (EI-...) markiert und nach der Literatur alphabetisch gelistet.

4 Der *Oglala Sioux Tribe* verlangt bisher keine verbindlichen Protokolle für die Durchführung von ethischer Forschung. Jedoch ist sich die Autorin der kulturellen und politischen Sensibilitäten des Forschungsgegenstandes sowie der zu oft negativen Auswirkungen von Wissenschaft auf die Lakota Nation bewusst und bemüht sich um respektvolle und reziproke Arbeitsweise.

gangen und bestehende nicht mehr respektiert, obwohl laut US-Verfassung (Art. 4, Abs. 2) Verträge das oberste Gesetz des Landes bilden (*supreme law of the land*) (Deloria 1985: 109). Mit den bi-nationalen Verträgen von Fort Laramie, die 1851 und 1868 zwischen der Great Sioux Nation und den USA geschlossen wurden, hatten die Lakota bestimmte Teile ihres Territoriums im Gegenzug für eine Grundversorgung an die USA abgetreten. Sie reservierten sich ein zusammenhängendes Stück Land, das die gesamte westliche Hälfte des heutigen US-Bundesstaates Süddakota einnahm und bis in die Nachbarbundesstaaten Nebraska, Wyoming, Montana und Norddakota reichte.

Doch das „criminal empire“, angetrieben durch Gier nach Land und Ressourcen, setzte seine Interessen durch Gewaltanwendung, aufgezwungene Verträge und koloniale Gesetze durch (Stark 2016). Der Bundesgerichtshof schuf mit den Marshall-Beschlüssen ab 1823 die rechtliche Grundlage, die indigene Bevölkerung als interne, hilfsbedürftige und entsprechend unmündige Angelegenheit einzustufen (Deloria 1985: 98 ff.). Im Zuge dessen wurde die Abteilung für *Indian Affairs* vom Kriegsministerium ins Innenministerium verlegt. Somit brauchte es keine Zustimmung der betroffenen Bevölkerung, als die USA unilateral die territorial zusammenhängende Great Sioux Nation in kleine Reservationen in kargen Gegenden aufbrach, kommunalen Landbesitz in Privateigentum überführte und fruchtbares, an Bodenschätzen reichhaltiges *surplus land* weißen Siedler:innen zugänglich machte.

Die so 1889 entstandene Pine Ridge Indian Reservation befindet sich geografisch im Südwesten Süddakotas. Ende des 19. Jahrhunderts verleibten sich die USA auch die auf Fort Laramie-Vertragsland befindlichen Black Hills ein, wo Gold geschürft wurde. Die Illegalität dieser Annexion wurde in den 1980er Jahren nach zahlreichen Anläufen durch den *Supreme Court* bestätigt, was aber nicht dazu führte, dass die Lakota ihr Land zurückerhielten. Festzuhalten ist, dass die kriminelle Enteignung von Land und Ressourcen zu Verarmung und wirtschaftlicher Abhängigkeit der Indigenen führte, während Siedler:innen *Vermögen* anhäuften, das seither intergenerational vererbt wird und mit dem *Unvermögen* Verdrängter in direktem Zusammenhang steht. Grundbedürfnisse wie Wohnen, Bildung, Gesundheit und Transport sind auf der Reservation zwar größtenteils entkommodifiziert, was Cedric Johnson (2022b: 173) als Voraussetzung für bessere Lebensbedingungen und, daraus resultierend, weniger Polizeigewalt benennt, allerdings auf so einem niedrigen Niveau, dass es *Unvermögen* produziert und die Prekarisierten in der Rolle der Arbeitskraftreserve hält.

Wie oben erwähnt, operiert die Polizei als Herrschaftsinstrument einer Sozialpolitik, die akzeptierte Formen der Lebensführung und des Verhaltens standardisieren und alle von der Norm Abweichenden disziplinieren soll. Sie ist instruiert, divergierendes und als kriminell klassifiziertes Verhalten vorzubeugen und zu verfolgen. Von der Gewalt, mit der bewaffnete Sicherheitsorgane die Interessen der herrschenden Klasse auf Basis des Ein- und Ausschlusses entlang vermeintlicher Grenzverläufe zwischen Zivilisation und

Barbarei – der *thin blue line* – durchsetzen, waren Indigene in den USA immer schon besonders hart betroffen. Die Einstellung der durchschnittlichen Siedler:innen ihnen gegenüber wird durch die Worte von L. Frank Baum, damals Redakteur des *Aberdeen South Dakota Saturday Pioneer*, bevor er mit seinem Buch *The Wonderful Wizard of Oz* Berühmtheit erlangte, deutlich. Nach dem Massaker an schutzlosen Lakota von Wounded Knee 1890 auf der Pine Ridge Reservation schrieb er:

„Der *Pioneer* hatte schon früher erklärt, dass unsere gesamte Sicherheit von der totalen Vernichtung der Natives abhängt. Nach Jahrhunderten der falschen Behandlung hätten wir besser – im Hinblick auf den Schutz unserer Zivilisation – diesen falschen Weg mit einer weiteren Tat fortgesetzt und diese ungezähmten und unzählbaren Kreaturen vom Antlitz der Erde ausgelöscht.“ (zit. nach Gonzalez/Cook-Lynn 1999: 88; eigene Übersetzung)

Seither separiert die *thin blue line* die „*haves and the have-nots*“ (Vitale 2017: 221). Siedler:innen setzen ihre Normen und Interessen durch, indem die indigene Bevölkerung interniert, diszipliniert, christianisiert, kriminalisiert und ggf. ausgelöscht wird. Enteignung, Verdrängung, Ausbeutung und Polizieren steht in intrinsischem Zusammenhang mit der Kontrolle der als überflüssig eingestuften Bevölkerungsgruppe.

Auf den Reservationen sollte seit 1869 eine *Indian Police* das koloniale Recht durchsetzen. Die Landespolizei von Süddakota hat auf der Reservation keine Befugnisse. Als Polizisten wurden Indigene angeheuert, die bereits für die US-Armee dienten (Barker 1998: 16 f.). Einer der ersten *deputized* Lakota war nicht in der Armee, sondern Star Comes Out bedurfte 1894 den Status als Hilfspolizist, um Häuptling Two Stick nach seiner Verhaftung durch das US-Militär als Prozessbeobachter zu begleiten – was Two Stick nicht davor bewahrte, nach kurzem Prozess in Lawrence County Jail in Deadwood, SD, in einem öffentlichen Spektakel hingerichtet zu werden (EI-ISCO-2022). Solche Vorkommnisse, die im kollektiven Gedächtnis verankert sind, prägen das Institutionenvertrauen.

Bis heute unterliegt die Verwaltung von *federally recognized tribes* in den USA der Zuständigkeit des *Bureau of Indian Affairs* (*BIA*). Das *BIA* ist eine der ältesten Einrichtungen des US-Bundesbehördenapparats und wurde 1924, im Rahmen des *Continental Congress*, gegründet.⁵ Auf der *BIA*-Website ist zu lesen: „The mission of BIA is to enhance the quality of life, promote economic opportunity, and carry out the responsibility to protect and improve the trust assets of American Indians, Indian tribes, and Alaska Natives.“ Bei dieser Mission ist das *BIA* begrenzt erfolgreich, denn Reservationen weisen seither landesweit die niedrigsten Stufen auf Sozialindizes aus.

5 Das Jahr 1924 markiert auch den Zeitpunkt, zu dem die indigene Bevölkerung – ungefragt – durch den *Citizenship Act* zu Bürger:innen der USA erklärt wurde.

Diese Situation sollte sich mit dem *Indian Reorganization Act (IRA)* von 1934 verbessern. In einer groß angelegten Studie wurden zunächst die Lebensumstände auf den Reservationen untersucht und das Ausmaß von Verarmung, verfrühten Sterblichkeit und armutsbedingter Probleme dokumentiert. Der Report unter dem Namen *The Problem of Indian Administration* zeigte, dass das Problem nicht die Indigenen sind, sondern deren Verwaltung, Bevormundung, Vernachlässigung und Unterdrückung (Barker 1998: 41). An sich war der *IRA* eine gut gemeinte Verfügung, die Selbstbestimmung und -regierung zurück in indigene Hände geben sollte. Von nun an sollte nicht mehr der extern eingesetzte *Indian Agent* alle Entscheidungen treffen, sondern ein demokratisches System der Selbstregierung geschaffen werden. Doch das *IRA*-Regierungssystem ist seit seiner Einführung starker Kritik ausgesetzt, denn es wurde fast allen indigenen Nationen mehr oder minder aufgezwungen (Fixico 2012: 107 ff.). Das System – eine Mischung aus repräsentativer Demokratie und einem Privatwirtschaftsbetrieb – widerspricht indigenen konsensbasierten politischen Prozessen. Auch die Mehrheit der Oglala Lakota lehnte dieses System ab und drückte dies aus, indem sie der Abstimmung über dessen Einführung fernblieb. Dieses Schweigen (*quiescence*) zählte fälschlicherweise als Zustimmung und somit fiel die Abstimmung über die Einführung der *IRA*-Regierung in Pine Ridge nach mehreren Anläufen positiv aus.

Trotz allgemeiner Ablehnung etablierte sich die *IRA*-Regierung als Herrschaftsinstrument, da sie alle Gelder aus Washington verwaltet. Die Zahlungen resultieren aus Verpflichtungen, die in den oben erwähnten internationalen Fort Laramie-Verträgen festgehalten waren. Zu den Verpflichtungen gehört neben Nahrungsmittelrationen sowie einem Minimum an Gesundheitsfürsorge und Bildung auch die öffentliche Sicherheit. Die Oglala Lakota hatten viele Anlässe zur Klage über die *BIA*-Polizei, fanden aber kein Gehör (Deloria 1985: 46). Besonders traditionelle Lakota ohne Beschwerdemacht wurden auf ihrem eigenen Land diskriminiert und aufgrund von Feindbildern, die noch aus Zeiten der *dangerization* – also der Stilisierung von Indigenen als kriminelle Wilde zwecks Legitimierung illegaler Landeignungen durch die Siedler:innen (Stark 2016) – stammten, unterdrückt. In den 1970er Jahren formierte sich Gegenwehr, die in der Besetzung des Orts Wounded Knee mündete, wo die Abschaffung der *BIA*-Polizei in Pine Ridge gefordert wurde.

Die Besetzung von *Wounded Knee* 1973: *Ban the BIA-Police!*

Die durch den *Indian Reorganization Act* geschaffene Regierung des *Oglala Sioux Tribe* erwies sich oft als unfähig oder unwillig, sich um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu kümmern. Dies war mal wieder der Fall, als Raymond Yellow Thunder 1972 Opfer eines rassistischen Übergriffs geworden war

(Deloria 1985: 45). In einem an die Reservation angrenzenden Ort wurde er von weißen Siedlern zunächst gedemütigt und dann totgeschlagen. Niemand wurde für diese Tat zur Verantwortung gezogen – wie zu jener Zeit bei fast allen Morden an Lakota. Die Familie von Raymond Yellow Thunder erhielt bei der Suche nach den Mördern von keiner Seite Unterstützung, auch nicht von Dick Wilson, dem eigenen Präsidenten des *Oglala Sioux Tribe*. Die Yellow Thunder-Familie bat traditionelle Mediator:innen um Vermittlung, aber Präsident Wilson weigerte sich, ihnen zuzuhören. Stattdessen beleidigte er Mitglieder des *Treaty Council* und des Ältestenrats – zwei politische Lakota-Foren der Entscheidungsfindung, die bis heute fortbestehen und von der Bevölkerung respektiert werden. Daraufhin baten die Yellow Thunder-Familie und der Ältestenrat das *American Indian Movement (AIM)*, das im urbanen Raum aktiv war, um Unterstützung. AIM kam für Proteste nach Süddakota und wählte 1973 mit dem Ort Wounded Knee, wo die US-Armee 1890 unter Applaus der Siedler:innen mindestens 250 Lakota massakriert hatte, bewusst diesen historischen und symbolischen Ort, um gegen die anhaltende Vernichtung indigenen Lebens zu protestieren. Vine Deloria, Jr., dessen Werk als Fundament der *Indigenous Studies* zählt, beschreibt die Besetzung von Wounded Knee als den ersten nachhaltigen modernen indigenen Protest gegen die westlich-europäische dominierte Geschichtsschreibung (Deloria 1985: 80).⁶

Die Besetzenden kritisierten am *Bureau of Indian Affairs*, dass es seinen Ombuds-Verpflichtungen ungenügend nachkomme und zu viel politischen Einfluss auf interne Angelegenheiten indigener Nationen nehme (ebd.: 43 ff.). Sie forderten die Einhaltung indigener Vertrags- und Souveränitätsrechte sowie die Abschaffung der kolonialen *IRA*-Strukturen samt den Schulen, der Regierung und der *BIA*-Polizei. Als Amtssitz der *IRA*-Regierung des *Oglala Sioux Tribe* diene (und dient) jedoch weiterhin der vom Militär als *Agency* gegründete Ort Pine Ridge, wo alle Institutionen der Disziplinargesellschaft – Regierung, Gericht, Polizei, Gefängnis, Internatsschule, Sanatorium – eingerichtet wurden und Hand-in-Hand arbeiten. Das christliche Internat *Holy Rosary Mission* setzte im Auftrag der Bundesregierung den „Zivilisierungsauftrag“ durch. Auf der *Pine Ridge Reservation* wird schon lange über den Effekt der christlichen Internatsunterbringung reflektiert, deren physische, strukturelle und epistemische Gewaltanwendung das Gegenteil indigener Erziehungsmethoden – *child rearing*, *child caring*, *gentle parenting* – darstellt und die Nuklearfamilie als gesellschaftliches Fundament zerstörte (EI-ISCO-2022). Das weiße Bildungssystem wird für die Erosion von Lakota-Wissenssystemen und Lebensweisen mitverantwortlich gemacht. Ihm schreibt der Oglala Lakota-Intellektuelle Ivan Star Comes Out (1996: 31) einen merklichen Verlust von Kenntnis und Wahrung der Lakota-Traditionen

6 Die Besetzung von Wounded Knee 1973 inspirierte auch die Besetzung von Canon Ball auf der Standing Rock Reservation in Protest gegen die KXL-Pipeline 2016/2017; Standing Rock befindet sich ebenfalls auf Fort Laramie Treaty-Land.

zu: „*Lehanl ska wicaša tawounspe wan etanhan ca heuncecapí.*“ („Wir wurden so durch die Bildung des weißen Mannes“). Traditionelle Lakota wurden in den Schulen und auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert, während eine Modernisten-Elite sich das neue System und dessen Institutionen zu Nutze machte (EI-ISCO-2022; Robertson 2002). Zu ihnen gehörte der Stammespräsident Dick Wilson, der sich und sein Umfeld persönlich bereicherte, während die Mehrheit der Lakota an extremer Armut litt. Die zugrundeliegenden strukturellen Probleme wurden während der Besetzung von Wounded Knee thematisiert. Ein Spruch, der dem südafrikanischen Geistlichen Desmond Tutu zugeordnet wird, war (und ist) in ähnlicher Variation auch auf Lakota zu hören: Wir müssen aufhören, Menschen nur aus dem Wasser zu ziehen; wir müssen stromaufwärts gehen und herausfinden, wieso sie hineinfluten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auf Lakota-Reservationen, jenseits von akademischen und aktivistischen Bubbles, bis heute Begriffe wie (Post-)Kolonialität oder Dekolonisierung kaum zur Theoretisierung der Macht-, Dominanz- und Ausbeutungsverhältnisse verwendet werden, sondern politische Fragen meist im Lakota-Wertesystem (*Wolakota*) und in Vertragsrechten (Souveränität, Land) gerahmt werden (EI-WW-2022). So berichteten auch während der Besetzung Lakota *elders* davon, wie sie abseits der IRA-Strukturen politische Angelegenheiten weiterhin im Ältestenrat besprächen und auf Lakota-Grundwerte fußten: Großzügigkeit, Mut, Respekt, Weisheit, Demut. Ein solcher Lebensstil nach *Wolakota* bringe soziale Einbindung und wirke konfliktpräventiv (EI-MYB-2012). Lakota-Mechanismen der Konflikttransformation, häufig aus der Beobachtung der umgebenden Natur entlehnt, zielen auf die konsensuale Wiederherstellung harmonischer sozialer Beziehungen, so dass alle ihrem Alltag friedlich nachgehen können (Barker 1998: 4). Konflikte sind Ausdruck verletzter Beziehungen, die der Pflege bedürfen. Diese Beziehungspflege bilde das gesellschaftliche Fundament, auf dem nachhaltiger und partizipativer sozialer Frieden gedeiht (EI-KWB-2012). Sie ist alltägliche Praxis und Ausdruck indigenen Sozialkapitals, das gemeinschaftliches Handeln antreibt, ökonomische und soziale Teilhabe sicherstellt und durch inkludierende Praktiken den Zusammenhalt stärkt.⁷ Auch politische Führung basiere auf dem Aufrechterhalten von reziproken, respektvollen und fürsorglichen Beziehungen. Beziehungsarbeit durch Besuchen und Konsultation stellt den Kern nicht nur bei den Lakota, sondern in den meisten indigenen politischen Systemen dar (EI-IS-2022; Simpson 2014: 18). Im Forum der Konsenssuche werde geredet, aber es werde vor allem fürsorglich geteilt: Zeit, Geschichten, Wissen, Erfahrung, ein Ohr, Essen und Emotionen (EI-MYB-2012).

Die Besetzenden von Wounded Knee praktizierten also in den 1970ern, was Leanne Simpsons (2014) unter *Indigenous resurgence* fordert: weniger auf die Fehler und Verbrechen der Siedler:innen (Internate, Zwangsadoptionen, Umweltvergiftung) zu fokussieren, als auf Potenziale und inkludierende

7 Sozialkapital hier also im Verständnis von Durkheim, nicht von Bourdieu.

Praktiken indigener Gemeinschaften (ebd.). Eine *resurgent*-Bewegung hieße, indigene Nationen von innen zu entwickeln (*flourish*), indem bewährte Institutionen und Praktiken genährt werden: Sprache, Kultur, Zeremonie. Hierzu wurden bereits während der Besetzung traditionelle kommunale und inkludierende Lakota-Mechanismen der Konfliktprevention und -regulierung, die bis dato kriminalisiert und durch westliche, individualisierende und sanktionierende Ordnungsformen ersetzt waren – reaktiviert: *Akicita* (Krieger/Beschützer) sorgten innerhalb der Besetzung für Sicherheit und Versorgung, während die *Tokala* den Ort militärisch verteidigten (EI-KWB-2012). Diese *resurgence* wurde auf der Pine Ridge Indian Reservation schwer erkämpft. Nach der 72 Tage dauernden Besetzung von Wounded Knee, in einem Kriegszustand mit den vereinten Kräften von US-Militär, *OST*-Regierung und *BIA*-Polizei, starben zwei Indigene im Kugelhagel und ein Bundespolizist trug eine Querschnittslähmung davon. Der Konflikt war mit dem Ende der Besetzung nicht vorbei, im Gegenteil. In den zwei Folgejahren herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände. Bis zum Ende der Amtszeit von Dick Wilson 1975 starben auf der Reservation fast sechzig Lakota und zwei *FBI*-Agenten in Schießereien zwischen Regimegegner:innen und den Unterstützer:innen von Dick Wilson, der von einer bewaffneten Schlägertruppe (*Goons*), der *BIA*-Polizei und dem *FBI* aktiv bei der Herstellung der hegemonial gewünschten Ordnung unterstützt wurde. Leonard Peltier wurde in einem zweifelhaften Prozess und entgegen aller Indizien des Mordes eines der *FBI*-Agenten schuldig befunden und sitzt weiterhin im Gefängnis. Für die getöteten Lakota blieb Rechenschaft aus (FBI 2000). Damit sich dies nicht wiederholt, regten insbesondere Gerald One Feather, Gerald Clifford, Arvol Whirlwind Horse, Isaac Last Horse und Philipp Under Baggage an, die *BIA*-Polizei auszuladen und die öffentliche Sicherheit selbst und im Sinne von *Wolakota* zu organisieren (EI-WW-2022).

OST Department of Public Safety: Community Policing und Community Accountability

In ihrer Unabhängigkeitserklärung forderten die Oglala Lakota während der Besetzung von Wounded Knee die Freiheit aller Indigenen von der Tyrannei des west-europäischen Denkens und Wertesystems sowie der westlichen Interpretation der Menschheitsgeschichte (Deloria 1985: 81; White Butterfly 2012). Die Gemeinschaftsinstitutionen sollten von nun an den Bedürfnissen der Oglala Lakota entsprechen. Somit hatte die Besetzung von Wounded Knee 1973 auf der Reservation demokratisierende und dekolonisierende Veränderungen in Gang gesetzt. Nun verwaltete der *OST* die Schulen selbst und gründete eine eigene Hochschule auf der Reservation, was vor 1973 undenkbar war. Seither besteht auch für Nicht-Christ:innen Religionsfreiheit und Lakota-Kulturveranstaltungen finden wieder statt, die vorher als unzivilisiert und subversiv verboten waren. Die zentralen Dienststellen der Regierung-, Bildungs-, Sicherheits- und Gesundheitsadministration befinden sich

weiterhin in Pine Ridge, wurden jedoch durch *community centers* erweitert und teilweise dezentralisiert. Auch die Polizist:innen, die nun die BIA-Polizei ablösten, unterstanden anfangs direkt den Bezirken und zeigten sich diesen gegenüber verantwortlich.

Das Personal der Polizei rekrutiert sich maßgeblich aus der *Community* und soll dieser auf der Basis kultureller Traditionen und der Souveränitätsrechte dienen und ihr gegenüber verantwortlich sein. Die Vision sei, zusammenzukommen, um ein sicheres und gesundes Leben zu ermöglichen. “Guided by our cultural beliefs and traditions, we shall provide professional law enforcement services and protection for all. With respect, dignity and courtesy, we shall be role models for the *Oyate* [People]” (OSTDPS 2022). Um diese Idee des Polizierens wiederzubeleben und die Institution mit Lakota Werten zu füllen, brachte Gerald One Feather in den 1980er Jahren das *Akicita*-Konzept ein (EI-EWH-2022). Auf seine Initiative wurden in einigen Bezirken *Akicita*-Gemeinschaften gegründet, denen Polizeibeamte angehörten und die durch *Community Policing* größere Akzeptanz, Wirksamkeit und Verbundenheit erreichen sollten. Der Schriftzug *Akicita* findet sich im *Public Relations*-Material des *Department of Public Safety* und auf einigen Dienstfahrzeugen. *Akicita* sind zuständig für die öffentliche Sicherheit im Gemeinwesen. Das Konzept entspricht übersetzt in europäische Diskurse eher der *politeia* als der *police*/Polizey/Polizei. *Akicita* bezeichnet auch „Krieger“ oder „Beschützer“ (EI-WW-2022). Die wörtliche Übersetzung heißt „für einander jagen“, sich um einander kümmern (EI-ISCO-2015). Kurzum: Jeder ist für jeden verantwortlich. Insbesondere schauen die *Akicita* nach den vulnerablen Mitgliedern der Gemeinschaft (EI-BR-2022). Dieser Ansatz sei aus der Beobachtung der Umwelt entlehnt; bei den Bewegungen der (Bison-)Herden nähmen die Stärksten die Schwächeren in ihre Mitte. Der *Akicita*-Status gilt ein Leben lang und soll vorbildhaftes Benehmen im Dienst wie auch im zivilen Leben leiten. So gründete der Polizist Eugenio White Hawk im Wounded Knee-Bezirk eine *Horsemanship*-Gruppe, um der Jugend Lakota-Werte zu vermitteln und sie auf die *Akicita*-Rolle vorzubereiten. Sein Konzept wurde in anderen Regionen in *Indian Country* kopiert und gilt als Beginn der Wiederbelebung der beliebten Pferdewettkämpfe (*Indian relay racing*) (EI-EWH-2022).

Ivan Starr und sein Vater Ivan Star Comes Out, beide Militärveterane, sind mit der Bezeichnung *Akicita* für polizeiliche Funktionen nicht ganz einverstanden. Die *Akicita* wären eine Kriegergesellschaft, während für den Strafvollzug die *Canksa Yuhapi* („tragen einen Stock“) zuständig seien, die vom Ältestenrat ggf. mit der Bestrafung für Fehlverhalten beauftragt würden (EI-IS-2022; EI-ISCO-2022).

Weder *Akicita* noch *Canksa Yuhapi* speisen ihre Erzählkultur aus einer militärischen Strukturlogik, kriegerischen Mentalität oder heroischen Männlichkeit, wie sie für westliche Polizeikräfte beschrieben wird (Behr 2019). Held:innen werden in Lakota-Kultur als „gute Verwandte“ definiert, die

ihren reziproken Verpflichtungen des *caring and sharing* nachkommen (EI-ISCO-2015; EI-MYB-2012). Die Idee der bürgernahen Polizei oder des *Community Policing* war seit jeher nicht nur Bestandteil der Sicherheitsproduktion in Lakota-Gemeinschaften, sondern Beziehungspflege bildet die Grundlage für konsensbasierte Entscheidungsfindung, Zugehörigkeit und Accountability (EI-IS-2022; EI-BR-2022; EWH-2022). Zugehörigkeit wird nicht erst durch Lohnarbeit oder geerbtes *Vermögen* erworben, sondern alle sind als freie und gleiche Mitglieder der Gesellschaft mit inhärenten Rechten geboren. Auch jene, die sich nicht vorbildlich verhielten und sich vom gesellschaftlichen Zentrum entfernten, würden immer wieder in den Kreis eingeladen und willkommen geheißen (EI-EWH-2022). Das Lakota-Verständnis von *Community*, *Community Policing* und *Community Accountability* reicht demgegenüber weiter als die gängigen Vorstellungen in Deutschland oder den USA, da Polizeikontakt nicht als Brückenkopf zwischen Bürger:innen und Staatsgewalt fungiert, sondern sowohl Bevölkerung als auch Polizei Gemeinschaft konstituieren. Für eine Verbesserung des Verhältnisses bedarf es also stromaufwärts den Aufbau und die Festigung gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts durch den Aufbau und Ausbau reziproker Beziehungen.

Das europäisch geprägte Polizeikonzept distanziert hingegen Polizist:innen von der Allgemeinheit. Die *Royal Commission on Police Powers and Procedure* streitet dies zwar seit Anbeginn ab: “[T]he Police have never been recognized, either in law or in tradition, as a force distinct from the general body of citizens” (zitiert in Neocleous 2021: 217). Das sehen viele Angehörige des *body of citizens* allerdings anders: “We fear the policeman insofar as he is not just himself, a person like us, since his acts are the acts of power, that is to say, insofar as he is experienced as the stand-in for the big Other, for the social order” (Žižek 1993: 234). In den *Defund-* und *Abolish-*Ansätzen wird die Polizei der Gesellschaft häufig unversöhnlich gegenübergestellt und in Teilen des Bildungsbürgertums durch VerÄnderungen, Entmenschlichung oder Hassbilder als Feind markiert (Thieme 2019).⁸ Auch in progressiven Texten zu *Community Accountability*, *Restorative* und *Transformative Justice* wird *Community* sehr eng verstanden und Angebote nur selektiv für bestimmte Gruppen in parallelen Strukturen gemacht (Moore 2021: 86). *Transformative Justice*-Ansätze lehnen das Strafrechtssystem mit Verurteilungen, Bestrafen und Inhaftierung ab und wollen, ähnlich wie *Community*-Ansätze, Gewalt vorbeugen, bestehende gesellschaftliche und individuelle Wunden heilen und vulnerable Personen(gruppen) schützen (Dixon/Piepzna-Samarasinha 2020; Piening/Künkel 2020). Parallelstrukturen aufzubauen führt allerdings zu einer Verfestigung der gesellschaftlichen Teilung in eben jene Parallelgesellschaften. Viele der vorgeschlagenen Alternativen haben gemein, sich

8 Julia Reuter (2002: 146) schlägt als deutsche Übersetzung für das englische „Othering“ den Begriff „VerÄnderung“ vor, um Prozesse zu beschreiben, die die Unterscheidung des Eigenen und des Fremden unterstützen, hervorbringen, reproduzieren und verbindlicher machen.

weiterhin stromabwärts mit den Symptomen zu befassen, anstelle stromaufwärts die Ursachen für gesellschaftliche Probleme anzugehen. Zudem habe die Vereinnahmung der *Black Lives Matter*-Slogans Cedric Johnson (2022a) zufolge dazu geführt, dass die Polizei hauptsächlich als Rassismusproblem wahrgenommen werde, dabei aber die zugrunde liegenden, verschränkten und verstärkenden Probleme der gesellschaftlichen Ordnung, zu deren Aufrechterhaltung die Polizei beordert wird, aus dem Blick geraten. Johnson betrachtet die Polizei als eine grundlegende Einrichtung des Spätkapitalismus, die dazu dient, verarmte Teile der Bevölkerung in Schach zu halten. “Despite the frequency and power of mass demonstrations, we are no closer to achieving concrete, substantive reform that might curtail police violence and ensure greater democratic accountability” (Johnson 2022a: 16). Obwohl das Mandat zur Herstellung der gewünschten Ordnung durch das Gewaltmonopol als „*chain of delegated authority*“ von den Bürger:innen ausgeht, soll sich die Polizei rechtfertigen, während sich die Gesellschaft aus der Verantwortung zieht (Prenzler 2021: 13).

In Deutschland sollte in den 1970ern eine bürgernahe, entanonymisierte sowie Vertrauen schaffende Polizeiarbeit durch Kontaktbereichsbeamt:innen eingeführt und somit ein Bindeglied zwischen den Polizeibehörden und den Bürger:innen geschaffen werden. Dieses Angebot wurde damals abgelehnt, da es mit einer massiven Zentralisierung der Polizei einherging und Vertrauen an den Zweck der Informationsgewinnung gekoppelt war. Mehrheitlich wünschen sich große Teile der Bevölkerung weiterhin eine Erhöhung der polizeilichen Alltagspräsenz und die Einrichtung von zugänglichen Polizeiwachen (Jahn 2003: 251 f.). Forschung zum Vertrauen in die Institution Polizei kommt immer wieder zu dem Ergebnis, dass „von der Polizei eine faire Behandlung, die Wertschätzung und Respekt vor der eigenen Person signalisiert“, förderlich wirkt (Hecker 2019: 270). Dabei wird die Polizei gängig als eigenständige und mächtige Akteurin präsentiert (Derin/Singelnstein 2019: 316), aber kaum als ein der Bevölkerung tief verbundenes Mitglied der Gesellschaft.

Bei den Lakota lässt sich hingegen ein radikal-demokratischeres Konzept der *Community Accountability* ausmachen. Die Lakota leben *Community Policing* basisdemokratischer als in den USA oder in Deutschland: *bottom-up* statt *top-down*. Im US-Kontext wurde *Community Policing* generell als Intensivierung invasiver und repressiver Praktiken wahrgenommen (Vitale 2017: 222). In Deutschland wird *Community Policing* weniger repressiv, aber auch eher als Instrument wahrgenommen, das Polizei räumlichen und epistemologischen Zugang ermöglicht, als dass das Verhältnis zur Bevölkerung substantiell verbessert wird (Jahn 2003). Lakota-Polizist:innen werden hingegen selbstverständlich als Teil der Gemeinschaft anerkannt: „Unsere Polizist:innen kommen aus der *Community*. Und sie erkennen auch bei jedem Einsatz die betreffenden Personen als Mitmenschen und Verwandte an“ (Ei-EWH-2022). Einen Unterschied macht auch die Einstellung aus. Ein Polizist aus dem Wounded Knee-Bezirk erklärte, sich seiner Rechte, aber vor allem seiner Verantwortung für seine Umgebung bewusst zu sein: “To take care of

all my relations is my obligation. That is my job” (EI-RCC-2022). Er bedauert, dass der gravierende Personalmangel die Möglichkeit von engagiertem *Community Policing* samt Beziehungspflege stark einschränke. Der nächste Abschnitt beschäftigt sich mit weiteren Einschränkungen, diesen Anspruch im beruflichen Alltag anzuwenden.

Sorgearbeit und Vulnerablen-*Mainstreaming*

In der *Defund the Police!*-Bewegung wird schon länger diskutiert, Aufgaben und finanzielle Ressourcen anstelle der Polizei anderen Institutionen der Disziplingesellschaft anzuvertrauen (Vitale 2017: 224). In diesem Kontext wird nach „alternativen“, „traditionellen“ und „indigenen“ Mechanismen der Sicherheitsherstellung und Konflikttransformation gefragt, die durch soziale Absicherung und Dekriminalisierung insbesondere vulnerable und marginalisierte Menschen und Gruppen schützen und bestärken soll (Moore 2021; Piening/Künkel 2020). Auch die Arbeit des *Department of Public Safety* steht im Spannungsfeld zwischen dem Ausüben von sozialer Kontrolle und dem sich kümmern um vulnerable Personen. Für das Jahr 2019 wurde berichtet, dass für den *OST* 56 Polizist:innen arbeiten, die durchschnittlich 71.900 Anrufe pro Jahr beantworten, wovon es sich bei 18.500 um Notfallrufe über die Nummer 911 handelt (OST 2019: 3). Wie auch sonst im Land betreffen ca. 84 % der Anrufe nicht Anlässe von Kriminalitätsprävention oder -aufklärung, sondern Situationen mit vulnerablen Personen, die medizinischer oder psycho-sozialer Intervention bedürfen (Asquith/Bartkowiak-Théron 2021: 35). Bei weitem der größte Faktor bei Einsätzen spielen Alkohol- und Drogenmissbrauch, die sich derzeit auf Rekordniveau befinden (EI-AY-2022). Generell kennen die Polizist:innen die Lebensumstände der Bewohner:innen und antizipieren die Möglichkeit von vorliegender Vulnerabilität, wie es in der Polizeiforschung gemahnt wird (Asquith/Bartkowiak-Théron 2021: 39).

Auch wenn das *DPS* dem *Oglala Sioux Tribe* untersteht, ist es doch nicht unabhängig vom *Bureau of Indian Affairs*. Die Übernahme der Sicherheitsaufgaben ist vertraglich gemäß Public Law 93-638 zwischen dem *BIA* und dem *OST* geregelt. Ausstattung, Budget, Kontrolle und Training erfolgen durch das *BIA*. Zu Beginn wurde das Personal direkt am heimischen *Oglala Lakota College* auf seine Aufgaben vorbereitet. Doch bald wurden Anwärter:innen zur *U.S. Indian Police Academy* des *Federal Law Enforcement Training Center* in Artesia, New Mexico, geschickt, wo seit 1968 Polizeikräfte, die für *tribal communities* arbeiten, ausgebildet werden. Dort durchlaufen sie 15-wöchige Trainingsprogramme zur polizeilichen Grundausbildung, Strafvermittlung, Nachrichtentechnik, Inhaftnahme und rechtliche Spezifika in Bezug auf *Indian Country*. Derzeit verklagt der *OST* das *BIA*, weil es seinen Verpflichtungen aus dem Fort Laramie Treaty nicht nachkomme. Das Budget würde es nicht ermöglichen, das benötigte Personal einzustellen; derzeit sicherten nur 41 Polizist:innen eine Fläche von über 12.500 qm² (Todd 2022).

Ein Brief des zu der Zeit amtierenden *OST*-Präsidenten Julian Bear Runner an das *Subcommittee for Indigenous Peoples of the United States House Natural Resources Committee* betreffend der Mittelzuweisung für das fiskalische Jahr 2020 macht ein paar der grundlegenden Probleme, auf die das *DPS* reagiert, deutlich. Er benennt einen Ausnahmezustand aufgrund der erneut dramatischen Zunahme von Suiziden unter Jugendlichen auf der Reservation, Meth- und Vodka-Missbrauch, Armut sowie intergenerationale Kreisläufe von Trauma, da Kinder einem hohen Maß von Gewalt sowie Alkohol- und Drogenmissbrauch ausgesetzt seien. Diese Situation bedinge einen hohen Finanzbedarf von allein USD \$12 Millionen für die Strafverfolgung und USD \$56 Millionen für die Jugendstrafanstalt in Kyle (*OST* 2019: 3 f.). Erst im Jahr 2012 wurden über USD \$40 Millionen für den *Pine Ridge Justice Center Complex* mit Büros und Zellen verbaut. Innerhalb der Lakota-Gemeinschaft steht man solchen Investitionen zwiespältig bis kritisch gegenüber. Die Strafanstalten würden keine Sicherheit bringen und mit ihren exkludierenden und isolierenden Praktiken verletzte Beziehungen nicht heilen – im Gegenteil. Lakota hätten nie Gefängnisse gebraucht (*EI-WW-2022*).

Auch Gelder für Therapieangebote seien nicht nachhaltig investiert. Im Feld der Sozialen Arbeit und im therapieindustriellen Komplex würden psychiatrisch organisierte Ideen von Normalität und Abweichung angewendet und divergierendes Verhalten pathologisiert. Anträge mit den Stichwörtern „Trauma“ und „Resilienz“ hätten hohe Aussichten auf Förderung, obwohl diese trendigen Konzepte aus mindestens zwei Gründen unpassend seien. Erstens dienen sie andernorts (in einer „heilen“ Welt) zum Erfassen der Auswirkungen von unerwartet auftretenden erschütternden Erlebnissen, doch die Folgen des Siedlerkolonialismus seien keine Ausnahmesituationen, sondern die alltäglich zugrundeliegende ausbeuterische Struktur, die *Vermögens*-Konzentration ermöglicht (*Dunbar-Ortiz* 2021). “They call us resilient but we never had a choice” (*EI-MYB-2012*). Zudem finde westliche *Therapie* abgesondert und individualisiert statt, nicht in Verbindung mit der Gesellschaft. Lakota hätten eigene bewährte Methoden, durch Zeremonie und Gemeinschaftsverantwortung beschädigte Beziehungen zu heilen, die auch nicht vom therapieindustriellen Komplex kooptiert werden sollten (*ebd.*). Ein Polizist wendet ein, der Trauma-Diskurs würde als Ausrede genutzt, um am eigenen Verhalten nichts zu verändern. Die Polizei müsse verantwortungsvoll handeln, aber auch Einzelne sollten einen respektvollen und umsichtigen Umgang pflegen und zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie anderen Menschen Schaden zufügten (*EI-BR-2022*). *Accountability* aller.

Einschränkungen

Wie obige Ausführungen verdeutlichen, ist das *Department of Public Safety* bei der Erfüllung seiner Aufgaben mit einigen Grundproblemen konfrontiert, die außerhalb seiner Wirkmächtigkeit liegen. Viele ähneln jenen Herausfor-

derungen, mit denen Polizeibehörden andernorts konfrontiert werden, während einige für den indigenen Kontext Nordamerikas spezifisch sind. Zur zweiten Kategorie gehört das parallele Bestehen von formellen und informellen Ordnungs- und Autoritätssystemen, die in ungleichem Maße Respekt der Bevölkerung genießen. Die Mission des DPS lautet in Bezug auf äußere Sicherheit: “The Department helps to prevent outside interests from encroaching upon the sovereign status of the Oglala Sioux Tribe, as guaranteed in treaties, statutes, court decisions, Executive Orders, and the Constitution of the United States of America.” Art. IV, Absatz 1 (i) der *OST*-Verfassung verleiht dem *OST Council* das Recht, Unbefugte ab- und auszuweisen. Jedoch gelingt es in auswärtigen Angelegenheiten dem *Council* nicht (schnell genug), die Grenzen zu schützen. Wenn es darum geht, Souveränitätsrechte der Lakota zu verteidigen, sind die traditionellen Gruppen – *Treaty Council*, *Akicita*, *Wicahcala Omniciye*, *Tokala Okolakiciye*, *Tiospaye Okolakiciye*, *Oceti Sakowin Omniciye* – effektiver als der *OST-Council* und das *DPS*. Ein aktuelles Beispiel lieferte im Jahr 2020 die Corona-Pandemie, als es in Süddakota zu hohen Infektionszahlen kam, woraufhin die *Tokala* das Lakota-Souveränitätsrecht durchsetzten, die Zufahrtsstraßen zu mehreren Reservationen kontrollierten und Unbefugten die Einreise verweigerten. Die Checkpoints waren also nicht mit der Polizei besetzt, sondern mit *Tokala*, die von der *Community* mit der Sicherung der Grenzen beauftragt wurden. Die republikanische Gouverneurin von Süddakota scheiterte in ihrem Versuch, die Öffnung der Reservationsstraßen für Durchgangsverkehr zu erzwingen. Bereits im Jahr 2012, als LKWs mit Baumaterial für die umstrittene und illegale KXL-Pipeline die Pine Ridge Indian Reservation durchqueren wollten, stellten sich ihnen die *Tokala* mit Mitgliedern des *Treaty Council* in den Weg. Mit dabei war die damals 90-jährige Marie Randall, die sagte: “This is our land. This is our nation” und die LKWs zurückschickte (zitiert in Ironshell 2012). Die Polizei kann sich in solchen Situationen um Deeskalation und im Schlichten bemühen, aber *elders* verfügen über die höhere Autorität. Sie verkörpern den Gemeinschaftswillen und das Fundament von *Community Accountability* (EI-ISCO-2015; EI-KWB-2012).

Von der *IRA*-Regierung wird nicht viel erwartet. Viele Lakota sind pessimistisch, ob sich dieses *IRA*-System überhaupt dazu eignet, nach den Werten von *Wolakota* reformiert zu werden. Es habe nichts mit Lakota-Regierungstraditionen gemein, denn dieses System mache nicht den Fähigsten, sondern denjenigen, der sich selbst als den Fähigsten anzupreisen versteht, zum Oberhaupt. Es komme nicht mehr darauf an, lokale Kapazitäten zu nutzen, sondern möglichst viele Gelder aus Washington zu beantragen und Investor:innen zu gewinnen (EI-ISCO-2015). Rechenschaft wird gegenüber externen Behörden abgegeben, aber vor Ort wird mangelnde Transparenz beklagt. Insbesondere nachdem seit 1997 die ehemals in den Bezirken dezentral organisierte Polizei unter dem *OST-Council* zentralisiert und die Behörde geographisch und organisatorisch in Pine Ridge angesiedelt wurde, klagen einige Oglala in den Bezirken über Kontrollverlust über die Polizei (EI-WW-2022).

Dem *Law and Order Committee* gehört zwar je ein *Council Representative* der neun Bezirke an, aber sie seien eben Angehörige des umstrittenen *IRA*-Regierungssystems und stellten daher keine externe, unabhängige oder gar zivilgesellschaftliche Kontrolle dar.

Überhaupt gehe es in dem *IRA*-System nicht um die Stärkung von Gemeinschaftsinteressen, sondern vor allem ums Geld, wird häufig beklagt. Auch gegen das *DPS* werden Beschwerden wegen eigennützigem Verhalten erhoben, das nicht illegal, aber im *Wolakota*-Wertesystem illegitimierend sei:

„Canksa yuha eya wowokiyapi na wawankapi kta yunkan hena hankeya ektunjapi. Oyate kin lena isam tokakiciyapi šni. Hececa yunkan mazaska wan ecela ayuhel unpi na taku kin hena otuyacin iyanke. Eya wicajuju icupi na hecegl.“ („Die Polizei verliert bald ihr Ziel, die Leute zu beschützen und ihnen zu helfen. Die Leute verlieren dann bald ihren Respekt für das Amt. Allen scheint es nur um das Geld zu gehen. Dann werden diese Institutionen nutzlos.“) (Star Comes Out 1996: 65 f.)

Es ist möglich, sich über polizeiliche Maßnahmen zu beschweren, indem der Sachverhalt schriftlich geschildert wird. Die meisten Eingaben würden als unhöflich empfundenen Verhalten betreffen und als unbegründet zurückgewiesen. Algin Young, Chief of Police, berichtet, dass alle Beschwerden an das *BIA* berichtet und von dort aus bearbeitet werden (EI-AY-2022). Über den Rechtsweg könne auch ein Strafverfahren eingeleitet werden. Doch, wie andernorts, resultiert das distanzierte und bürokratische Verfahren in der Regel nicht in dauerhafter Zufriedenheit (Asquith/Bartkowiak-Théron 2021; Prenzler 2021). Das frühere dezentrale System mit Anhörungen und Aussprachen in den Bezirken unter Teilnahme der Betroffenen sei für eine Konfliktlösung im Sinne eines nachhaltigen sozialen Friedens produktiver gewesen (EI-WW-2022).

Immer häufiger würden Bewohner:innen der Reservation ihre Beschwerden auch direkt auf höherer Ebene melden (EI-AY-2022). Da sie innerhalb des *IRA*-Systems nicht gehört wurden, beschwerten sich *elders* der *Cante Tenza Okolakiciye* 2017 beim US-Kongress über Diskriminierung der traditionellen Lakota durch die *OST*-Regierung. Hintergrund war, dass ihre Besetzung des *Porcupine Meals for the Elderly Building* im Jahr 2011 in Protest gegen systematische Vernachlässigung folgenlos geblieben war. Nun beschuldigten sie den *OST*, das Justizsystem zu benutzen, um Lakota *elders* zu kriminalisieren, die freimütig Kritik an Korruption auf der Reservation artikulierten (Cante Tenza 2017: 2). Ihnen seien unter Verwendung von Falschbeschuldigungen Haftstrafen aufgrund von angeblicher Anstiftung zur Aufruhr angedroht worden (ebd.: 13). Im gleichen Schreiben warfen sie der *OST*-Polizei Inkompetenz, Voreingenommenheit und Verstrickung in Kriminalität vor (ebd.: 14). Ivan Star Comes Out (1996: 66) appellierte des Öfteren an Amtsträger:innen in der Regierung und den Sicherheitsorganen, sich nach den *Akicita*-Maßstäben zu richten und den Bedürftigen zu helfen: „Išta nigungapi šni canke okškanškan etunwanpi na waunšilapo“ (Eure Augen sind nicht blind; seht

Euch um und zeigt etwas Empathie). Als es der Bevölkerung mit der Korruption zu bunt wurde, hatte sie bereits im Frühjahr 2000 das *Tribal Council Building* in Pine Ridge monatelang besetzt gehalten und die IRA-Regierung vertrieben, bis diese Transparenz, *Accountability* und Besserung versprach. Das DPS konnte wenig für den *Council* ausrichten, denn es war der *Community* verpflichtet.

Der westlichen Polizei wird nachgesehen, dass sie die eigentlichen, zugrunde liegenden Probleme nicht lösen kann. „Sie wird oft dann tätig, wenn es der Gesellschaft nicht auf andere Weise gelungen ist, Konflikte zu klären“ (Derin/Singelstein 2022: 359). Sich nicht stromaufwärts um die ökonomische Basis zu kümmern, die viele der Ursachen heutiger Polizeikontakte beseitigen würde, wird auch der IRA-Regierung und dem BIA vorgehalten. Die zugänglichen Millionenbeträge seien nur für repressive und isolierende Maßnahmen vorgesehen, die sich schon lange als kontraproduktiv erwiesen haben (Asquith/Bartkowiak-Théron 2021: 3). Traditionell zielte Konflikttransformation auf die Wiederherstellung harmonischer sozialer Beziehungen (EI-RCC-2022). In diese werde unter den gegebenen Strukturen nicht investiert. Für gemeinschaftlichen Zusammenhalt und die Schaffung von realen Zukunftsperspektiven seien keine Positionen im BIA-Budget vorgesehen, um die sich der OST bemühen könnte.

Insgesamt heißt dies: Ein Ruf nach *Defund the Police!* oder die Auswechslung mit einer neuen Behörde reicht nicht aus. Finanzielle Ressourcen der Strafjustiz zu entziehen, kratzt nur oberflächlich an den zugrundeliegenden Problemen. Die Polizei ist nur eine Form der gesellschaftlich legitimierten Gewalt in einer größeren Struktur des gewaltförmigen und zerstörerischen Siedlerkolonialismus, der mit kapitalistischer Verwertungs- und Ausbeutungslogik operiert. Stromaufwärts die Ursachen der Notwendigkeit von Polizei aufzulösen hieße auch, die Umverteilung des gesellschaftlichen *Vermögens* anzugehen (Johnson 2022a). Wenn Lakota über ihr Land und ihre Ressourcen verfügen würden, könnten wieder Möglichkeitsstrukturen und *resurgence* entstehen. Diese Form von *resurgence* wäre auch ein produktives *Empowerment* im Sinne des Ziels von Alex Vitale (2017: 31), Gemeinschaften zu stärken, damit diese die Lösung ihrer Probleme selbst angehen können und dazu kaum/keine Polizei benötigen.

Fazit: *Sharing and Caring*

Auf der Pine Ridge Indian Reservation wurde eine repressive Polizeieinheit aufgelöst und mit einer Institution ersetzt, die der vulnerablen Bevölkerung dienen, aus dieser ihr Mandat beziehen und dieser gegenüber verantwortlich sein soll. Das klingt theoretisch vielversprechend, offenbart aber in der Praxis einige Schwierigkeiten. Was lässt sich aus der Erfahrung für die akademisch-aktivistischen *Defund*-Debatten lernen? Das Lakota-Verständnis von *Community* könnte eine weiter gefasste Konzeptualisierung von *Community*

Policing und *Community Accountability* informieren, die über administrative Praktiken hinausreichen, wie sie in den USA oder Deutschland in der Regel angewendet werden. Die inkludierende *Community* bildet die Stärke von indigenen Formen der präventiven Sicherheitsherstellung, indem sie divergierendes Verhalten nicht als kriminell klassifiziert, sondern stromaufwärts durch *caring and sharing*-Praktiken für Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit sorgt und eine Ordnung weder total setzt noch restriktiv durchsetzt.

In der Polizeiforschung wird diskutiert, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt und Vertrauen durch eine bürgernahe Politik des *Community Policing*-Ansatzes verstärkt werden können. Bemühungen um niedrigschwellige bis barrierefreie Zugänge zu Polizeibeamt:innen anhand von Kontaktbereichsbeamt:innen und Polizeiwachen werden von Anwohner:innen mehrheitlich begrüßt (Jahn 2003; Hecker 2019). Diese Brückenfunktion reicht allerdings nicht aus, um eine vertrauensvolle Beziehung herzustellen. In der bildungsbürgerlich-aktivistischen Szene werden Polizist:innen nicht einmal als Bindeglied zwischen Staat und Bevölkerung gesehen, sondern als Feind verändert (Thieme 2019). Aus der Lektüre indigener *Policing*-Ansätze ergibt sich die Frage, wie von der Polizei *Accountability* gefordert werden kann, wenn sie nicht als Teil der Gesellschaft anerkannt wird. Die öffentliche Sicherheit ist gesellschaftlich organisiert und beauftragt. Also sind die Sicherheitsorgane auch der Gesellschaft gegenüber verpflichtet und *vice versa*. *Police Accountability* beinhaltet also unterdessen *Community Accountability*, da Regeln, Strukturen und individuelles Verhalten in Gemeinschaftsverantwortung entstehen.

Die wissenschaftliche Polizeikritik fischt derweil diesseits und jenseits des Atlantiks ihre Indizien und Argumente mehrheitlich bequem stromabwärts (Steinke 2022; Vitale 2017). Analysen und Reformvorschläge werden anhand von Symptomen formuliert, ohne sich auf den unbequemen Weg stromaufwärts zu den Ursachen von Polizeikontakt zu machen. Zudem verwehrt sich die dominante neoliberale Polizeikritik mit ihrer Kooptierung des Antirassismuskurses gegen eine substantielle Analyse der sozioökonomischen Ursachen von Kriminalität (Johnson 2022a). Historisch entstand die Polizei als Reaktion auf Proteste gegen Ausbeutungsverhältnisse. Angesichts der wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheit und Fermentierung von *Un-/Vermögen* ist eine Verschärfung der Verteilungs- und Teilhabekonflikte vorprogrammiert, zu deren Einhegung Polizei entsandt wird. Für Pine Ridge ergeben sich angesichts der fortbestehenden Kolonialität und Materialität der Herrschaftsstrukturen sowie der finanziellen Abhängigkeit von der US-Regierung erhebliche Herausforderungen für den Aufbau und Ausbau von gemeinschaftlichem Zusammenhalt. Auch in Deutschland hängen die Möglichkeiten – das *Vermögen* – der Einen mit dem begrenzten Zugang zu Möglichkeiten und Ressourcen der Anderen zusammen. Eine indigene Perspektive auf aktuelle Herausforderungen der Demokratisierung der Polizei würde also nicht fragen, was nach *Defund* kommen könnte, sondern eher, was im Vorfeld passieren müsste, um den Trend zur Verselbstständigung,

Militarisierung und Expansion der Polizeien umzukehren. Aus obigen Ausführungen wurde ersichtlich, dass ein gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht, indem Einzelne sich gegenseitig und fürsorglich verantwortlich sind und Gesellschaften inkludierende, respektvolle, reziproke Beziehungen aufbauen und pflegen: *sharing and caring*. Das heißt, *Vermögen* zu teilen und Möglichkeitsstrukturen zu demokratisieren.

Literatur

- Asquith, Nicole L./Bartkowiak-Théron, Isabelle (2021): Policing Practices and Vulnerable People, Cham.
- Barker, Michael L. (1998): Policing in Indian Country, New York.
- Behr, Rafael (2019): Gewalt und Polizei: Ambivalenzen des innerstaatlichen Gewaltmonopols, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 69, 24-28.
- Cante Tenza (2017): Facing the Enemy Within: Criminal Corruption and Collusion in the Oglala Sioux Tribe Judiciary and Police, in: Cante Tenza, 30. Juni. <<https://cantetenza.wordpress.com/2017/06/30/special-report-facing-the-enemy-within-criminal-corruption-collusion-in-the-ogla-sioux-tribe-judiciary-police/>> [24.09.2021].
- Curran, Deborah/Kung, Eugene/Slett, Čaĝvi Marilyn (2020): Čvilĝas and Snøwayæt: Indigenous Laws, Economies, and Relationships with Place. Speaking to State Extractions, in: The South Atlantic Quarterly 119, 215-241.
- Davis, Angela Y. (1983): Women, Race and Class, New York.
- Davis, Angela Y. (2003): Are Prisons Obsolete?, New York.
- Deloria Jr., Vine (1985): Behind the Trail of Broken Treaties. An Indian Declaration of Independence, Austin.
- Derin, Benjamin/Singelstein, Tobias (2022): Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt, Berlin.
- Dixon, Ejeris/Piepzna-Samarasinha, Leah Lakshmi (Hg.) (2020): Beyond Survival. Strategies and Stories from the Transformative Justice Movement, Chico.
- Dunbar-Ortiz, Roxanne (2022): Settler Colonialism, Wakefield.
- Federal Bureau of Investigations (FBI) (2000): Accounting for Native American Deaths. Pine Ridge Indian Reservation, South Dakota, Minneapolis.
- Fixico, Donald L. (2012): Bureau of Indian Affairs, Santa Barbara.
- Gilmore, Ruth Wilson (2007): Golden Gulag. Prisons, Surplus, Crisis, and Opposition in Globalizing California, Berkeley.
- Gilmore, Ruth Wilson (2021): Change Everything. Racial Capitalism and the Case for Abolition, Chicago.
- Gössner, Rolf/Herzog, Uwe (1982): Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei, Köln.
- Gonzalez, Mario/Cook-Lynn, Elizabeth (1999): The Politics of Hallowed Ground. Wounded Knee and the Struggle for Indian Sovereignty, Urbana and Chicago.
- Hecker, Meike (2019): Vertrauen in der Stadt – Vertrauen in die Stadt. Die Wahrnehmung polizeilicher Legitimität im städtischen Raum, Münster.
- Ironshell, Andrew (2012): No Tar Sands/No Keystone XL Pipeline/No Trespassing on Lakota Nation treaty lands. <<https://www.youtube.com/watch?v=9OsHPnffvYI&t=26s>> [22.09.2021].
- Jahn, Thomas (2003): Bürger- und gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit. Die Community-Policing-Strategie: Grundlagen, Erfolge und Möglichkeiten der Umsetzung unter den Bedingungen des deutschen Rechts, Hamburg.
- Johnson, Cedric (2022a): The Panthers Can't Save Us Now: Anti-policing Struggles and the Limits of Black Power, in: Cedric, Johnson (Hg.): The Panthers Can't Save Us Now. Debating Left Politics and Black Lives Matter, London, 13-55.
- Johnson, Cedric (2022b): What Black Life Actually Looks Like, in: Cedric, Johnson (Hg.): The Panthers Can't Save Us Now. Debating Left Politics and Black Lives Matter, London, 139-174.
- Moore, Hilary A. (2021): Beyond Policing. A Handbook for Community-led Solutions to the Violence of Policing in Western Europe, Brüssel.
- Neocleous, Mark (2021): The Fabrications of Social Order, London.
- Oglala Sioux Tribe (OST) (2019): Tribal Infrastructure. Roads, Bridges, and Buildings, Pine Ridge.
- Oglala Sioux Tribe Department of Public Safety (OSTDPS) (2022): The Oglala Sioux Tribe Department of Public Safety. <<http://ostdps.org/>> [18.02.2022].

- Piening, Marie-Theres/Künkel, Jenny (2020): Community Accountability: Feministisch-antirassistische Alternative zum strafenden Staat?, in: CILIP/Bürgerrechte & Polizei 44, 36-44.
- Piketty, Thomas (2022): A Brief History of Equality, Cambridge, MA/London.
- Porter, Amanda (2016): Decolonizing Policing: Indigenous Patrols, Counter-policing and Safety, in: Theoretical Criminology 20, 548-565.
- Prenzler, Tim (2021): Ethics and Accountability in Criminal Justice. Towards a Universal Standard, Brisbane.
- Reuter, Julia (2002): Ordnungen des Anderen: Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden, Bielefeld.
- Robertson, Paul (2002): The Power of the Land. Identity, Ethnicity, and Class Among the Oglala Lakota, New York.
- Santos, Boaventura de Sousa (2014): Epistemologies of the South. Justice Against Epistemicide, Boulder.
- Simpson, Leanne Betasamosake (2014): Land as Pedagogy: Nishnaabeg Intelligence and Rebellious Transformation, in: Decolonization, Indigeneity, Education & Society 3, 1-25.
- Star Comes Out, Ivan (1996): Lakota Eyapaha, Kendall Park.
- Stark, Heidi Kiiwetinepinesiiik (2016): Criminal Empire: The Making of the Savage in a Lawless Land, in: Theory & Event 19. <<https://muse.jhu.edu/article/633282>> [10.02.2022].
- Steinke, Ronen (2022): Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich. Die neue Klassenjustiz, Berlin.
- Thieme, Tom (2019): „Wir wollen keine Bullenschweine.“ Feindbild Polizei im Linksextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 69, 43-48.
- Todd, Annie (2022): Oglala Sioux Tribe Sues Federal Government over Police Staffing on Pine Ridge Reservation. <<https://www.argusleader.com/story/news/2022/07/29/oglaala-sioux-tribe-sues-federal-government-over-lack-tribal-police-staffing/10174663002>> [29.07.2022].
- Vitale, Alex S. (2017): The End of Policing, London/New York.
- Žižek, Slavoj (1993): Tarrying with the Negative. Kant, Hegel, and the Critique of Ideology, Durham.

Zitierte Expert:inneninterviews

Code, Name, Position, Ort, Datum des Interviews

- EI-AY-2022, Algin Young, Chief of Police beim OST DPS, ehem. Polizist beim OST DPS seit 2001, ehemals 17 Jahre bei der BIA Police, Leiter für *Field Investigations*, Pine Ridge, 28.07.2022.
- EI-BR-2022, Bernardo Rodriguez Jr., ehem. Polizist beim OST DPS von 1994-2020, Trainer für u. a. Community Policing, seit 2020 Tribal Council Representative, Wounded Knee, 24.07.2022.
- EI-EWH-2022, Eugenio White Hawk, ehem. Polizist beim OST DPS von 1998-2017, hielt alle Positionen (*police officer, corporal, sergeant, lieutenant, acting captain, acting chief und criminal investigator, chief of police*), Manderson, 22.07.2022.
- EI-IS-2022, Ivan Starr, Polizist beim OST DPS seit 2004, Oglala, 26.06.2022.
- EI-ISCO-2015, Ivan Star Comes Out, Lokalhistoriker, Oglala, 07.03.2015.
- EI-ISCO-2022, Ivan Star Comes Out, Lokalhistoriker, Oglala, 26.06.2022.
- EI-KWB-2012, Karen White Butterfly, Aktivistin, Wounded Knee, 10.02.2012.
- EI-MYB-2012, Myrna Young Bear, Aktivistin, Porcupine, 06.02.2012.
- EI-RCC-2022, Ryan Charging Cloud, ehem. Polizist beim OST DPS von 2008-2018, Manderson, 01.07.2022.
- EI-WW-2022, Wayne Weston, ehem. Polizist (*seargeant*) beim OST DPS, ehemaliger Gefängnisleiter und u. a. ehemaliger Executive Director von OST Law Enforcement, Rapid City, 23.07.2022.

Sonja John, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, FB 5 Polizei- und Sicherheitsmanagement, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin, sonja.john@hwr-berlin.de